

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Auffiertes Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik usw. ersichtlicher Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfa., die 3spaltige Zeile 10 Pfa., 2spaltige 8 Pfa., 1spaltige 6 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesichert. / Bei den durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühr: 10.— M., das Laufen, zusätzlich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 54

Donnerstag, den 7. Mai 1931

33. Jahrg.

## Sonnabend, den 9. Mai Kram- u. Schweinemarkt

Der Zutrieb beginnt um 7 Uhr  
Kemberg, den 29. April 1931.

### Die Polizeiverwaltung.

**Die städtische Badeanstalt**  
ist neu vorgerichtet, erneuert und verbessert worden. Sie wird hiermit zur **Verpachtung** ausgeschrieben. Als Pächter kommen nur gute Schwimmer in Frage. Nähere Auskunft erteilt der Bürgermeister.  
Angebote bis 10. Mai erbeten.  
Kemberg, den 5. Mai 1931.

### Der Magistrat

## Immer neue Stafforgen!

Durch nichts wird unsere schwierige wirtschaftliche Gesamtlage in anschaulicher Weise illustriert als durch die Tatsache, daß die Stafforgen bei uns kein Ende nehmen. Von Defizit zu Defizit: das scheint die wahrhaft tragische Lösung zu sein, unter der unsere Staats- seit Jahren stehen und man wird dabei an das losen gelprochene Wort Dr. Quaders erinnern, daß eine wirtschaftlich geregelte Haushaltsführung bei uns auf die Dauer so lange unmöglich sein wird wie untragbare Tributlasten auf uns drücken. Natürlichermaßen müssen wir, solange diese noch bestehen, alles tun, was in unserer Macht liegt, um unter Haus in Ordnung zu bringen. Wie schwer das freilich trotz allen guten Willens ist, dafür gibt die Entwicklung unserer letzten Etats ein nur zu deutliches Beispiel.

Auch der letzte Etat steht unter dem Zeichen des Defizits. Das Reich hat in dem am 31. März abgelaufenen Haushaltsjahr gegenüber einem Voranschlag von 12 265,6 Millionen RM nur 9024,9 Millionen RM eingenommen, so daß eine Mindereinnahme von 1240,7 Millionen RM zu verzeichnen war. Von dieser Mindereinnahme entfielen 810,5 Millionen RM auf die Besitz- und Berufssteuern und 430,2 Millionen RM auf die Zölle und die Verbrauchssteuern. Mit einem Einnahmehausfall in dieser Höhe hat das Reichsfinanzministerium nicht gerechnet: es schätzte nach Mitte März den Gesamteinnahmehausfall nur auf 1040 bis 1060 Millionen RM ein, nachdem sich im November 1930 die Schätzung auf nur 900 Millionen RM belaufen hatte. Zu diesem Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt kommt noch derjenige des außerordentlichen Haushalts, der auf 200 Millionen RM zu schätzen ist. So ist insgesamt ein Betrag von rund 1450 Millionen RM ergibt. Ende Februar 1931 betrug die schwebende Schuld rund 1580 Millionen RM. In diesem Betrag war der Haushaltsfehlbetrag nur mit 885 Millionen RM (anstatt des endgültigen Betrages von 1240,7 Millionen RM) eingelegt, so daß ein Gesamteinnahmehausfall in Form der schwebenden Schuld mit rund 2 Milliarden RM auf das neue Haushaltsjahr übernommen werden muß. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß im vergangenen Haushaltsjahr 200 Millionen RM an nichtverbreiteten Einnahmen eingegangen sind, und daß rund 1350 Millionen RM durch Schuldaufnahme gedeckt wurden. Da Möglichkeiten dieser Art künftig nicht bestehen, muß dieser Betrag bei Beurteilung der Aussichten für das kommende Finanzjahr mit berücksichtigt werden. Erwähnt sei schließlich noch, daß am 1. Oktober 1930 rund 620 Millionen RM Steuerrückstände vorhanden waren. Es ist anzunehmen, daß dieser Betrag zu einem erheblichen Teil nicht einziehbar sein wird.

St dieses Bild schon trübe, so wird es noch trüber, wenn man bedenkt, daß in den jetzt abgelaufenen Haushaltsjahr der erste Hälfte, d. h. die Zeit vom April bis September 1930, gegenüber den jetzigen Zuständen noch verhältnismäßig günstig war. Anzeichen sind sowohl die Einnahme- wie auch die Ausgabebeile des Etats von der abtinkenden Konjunktur in immer stärkerer Weise beeinflusst worden. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß der für das laufende Haushaltsjahr festgesetzte Voranschlag von 12 265 Millionen RM eingehalten wird; es ist sogar anzunehmen, daß im jetzigen Haushaltsjahr nicht einmal die Einnahmen des vorigen erreicht werden, während gleichzeitig eine nicht unerhebliche Steigerung der Ausgaben eintreten dürfte. Während nur einigen Wochen der Fehlbetrag für das laufende Jahr noch auf 600 Millionen RM geschätzt wurde, rechnen unterrichtete Kreise jetzt bereits mit einer Fehlbetragsmöglichkeit von einer runden Milliarde im Reichsetat. Dazu kämen dann noch die Fehlbeträge bei Ländern und Kommunen, die allein bei den Gemeinden am 31. März 1931 auf rund 600 Millionen RM zu schätzen waren, ein Betrag, der sich im Laufe dieses Jahres sicher auf 1 Milliarde erhöhen wird. Rechnet man dazu noch die Fehlbeträge aus der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Knappschaft, die zusammen gleichfalls rund 1 Milliarde betragen werden, so runder sich das Bild ab.

Wie dieses Defizit, das hier natürlich nur in großen Zügen erdnetet werden kann, abgeden, und wie die Finanznot zu beheben ist, darüber schreiben jurgert natürlich Ermüdungen. So erhält sich trotz mehrfacher Dementis dort-

ndung das Gerücht von einer neuen Kürzung der Beamtengehälter, über deren Unpopulartät kein Wort zu verlieren ist. Angesichts der gemauerten Entlohnung wird man wohl von selbst dazu geneigt sein, auch auf dem Gebiet der Sozialtats erhebliche Einsparungen vorzunehmen. Hoffentlich steht der von der Regierung Brüning mehr als einmal proklamierte Grundsatz „Keine Steuererhöhungen mehr!“ nach so vielen trüben Erfahrungen nunmehr endgültig fest. Es ist keine Frage mehr, daß der Etat ohne Steuererhöhungen in Ordnung gebracht werden muß; die Frage ist nur, wie das gesehen kann.

## Vor grundsätzlichen Entscheidungen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung  
Berlin, 5. Mai.

Bei den Beratungen des Reichskabinetts stehen gegenwärtig die Finanz- und sozialpolitischen Fragen im Vordergrund. Die Besprechungen drehen sich in erster Linie um die Deutung der Fehlbeträge im Reichshaushalt und um die Sicherung und Sicherung der Arbeitslosenfürsorge, der Reichsfinanzpolitik usw.

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Reichsfinanzminister bereits eine Reihe von Spar- und Reformvorschlüssen ausgearbeitet und andere bereitgestellten Stellen zur Prüfung vorgelegt. Die endgültige Entscheidung dürfte doch erst fallen, wenn das Kabinett sich über die Grundzüge klar geworden ist nach denen seine Politik jetzt weitergeführt werden muß.

Wie man weiß, haben die einzelnen Minister bei der Wiederaufnahme der Kabinettsarbeiten nach der Osterpause zunächst darüber berichtet, wie sich die Lage auf ihrem Spezialgebiet im Vergleich verändert hat. Es ist nur logisch, daß das Kabinett prüft, ob diese Entwicklung Veranlassung gibt, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Das geschieht sich, d. h. auf die Frage ob die Senkungspolitik fortgesetzt

oder nur zum Abschlus gedacht werden soll, um vor dem Rat der anderen Maßnahmen abgeklärt zu werden. Es geht nicht, eine Maßnahme der Wirtschaft herbeizuführen. Erst wenn über solche grundsätzlichen Fragen Klarheit geschaffen ist, wird sich bestimmen lassen, in welcher Art die Lösung zu erfolgen hat. In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Klärung verhältnismäßig bald herbeigeführt wird.

## Anfragen im Preussischen Landtag.

Ministerpräsident Braun über die Auslagenerweiterung.  
Berlin, 5. Mai.

Im Preussischen Landtag, der die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten begann, beantwortete Ministerpräsident Braun eine Reihe großer Anfragen.

Die Erweiterung der Auslagenerweiterung für Staatsminister vor dem Volksbegehren-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages, die von der Deutschen Volkspartei zum Gegenstand einer großen Anfrage gemacht worden war, beantwortete der Ministerpräsident damit, daß die Genehmigung zur Auslagerung der Staatsminister in Verbindung mit der Verlegung im vorliegenden Falle nur verlag werden dürfte, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde. Werde aber, weil letzteres der Fall sei, die Auslagenerweiterung verlag, so könnten naturgemäß die dafür maßgebenden Gründe nicht bekanntgegeben werden, da dadurch der Zweck der Auslagenerweiterung illusorisch gemacht würde.

Auf die deutschnationale Anfrage über die Einbeziehung des Stettiner Hafens und seines Wirtschaftsgebietes in die Frachtenentlastungsaktion der Ostsee erwiderte der Ministerpräsident, daß die Staatsregierung bemüht sein werde, der Stadt Stettin Erleichterungen durch Entlastung zu verschaffen.

Zu einer großen Anfrage der Deutschen Fraktion, die der Staatsregierung Gedächtnis der Ostseeentlastung vorwirft, erklärte der Ministerpräsident, daß die preussische Regierung sich nicht an der Verabschiedung des Ostseeentlastungsgesetzes mitgearbeitet habe. Wenn von einer Verzögerung der Verabschiedung der Ostsee-Entlastung gesprochen werden könne, so seien daran die Parteien schuld, die im Reichstag der Reichsregierung die Gedächtnis vorlegten.

Zum Schluß äußerte sich Ministerpräsident Braun zu der deutschnationalen Anfrage, die Bezug nimmt auf Vorwürfe des Bäderrevisors Sachmann gegen Staatssekretär Dr. Weismann im Zusammenhang mit seinem Verhalten im Falle Scharz. Er erklärte, daß Staatssekretär Weismann bereits im Oktober 1925 zu dieser Angelegenheit im Landtag eine Erklärung abgegeben habe.

## Braun über das Volksbegehren.

Der Ministerpräsident vor dem Pr. Landtag.  
Der Ministerpräsident Braun, der die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten vorlegte, ging Ministerpräsident Braun auf die Ausführungen der Redner

vom Vortage ein. Er erklärte u. a., das M und D der gesamten Reichspolitik scheine zu sein: Wie trennen wir das Zentrum von der Sozialdemokratie? Er wandte sich dann der Notverordnung zu und erklärte, wenn bei ihrer Anwendung in den ersten Tagen Mißgriffe vorgekommen seien, so sei das beklagenswert. Berechtigten Beschwerden sei aber Gehörsam worden.

Unter dem Widerspruch der Rechten erklärte der Ministerpräsident, es sei falsch, wenn man behaupte, die Notverordnung habe die sachliche Werbung für das Volksbegehren gemindert.

Er habe füglich darauf hingewiesen, daß der Stahlheim, der sich heute als unerschütterlicher Feind des jetzigen Regimes in der Öffentlichkeit zeige, zur Zeit seiner Entlohnung stramm republikanisch gewesen sei. Bei diesen Worten des Ministerpräsidenten wurde auf den Vänten der Rechten Lachen und Widerpruch laut.

Der Ministerpräsident hielt ferner der Deutschen Volkspartei vor, daß ein Teil der Volksbegehler zur Deutschen Volkspartei offenbar kein rechtes Vertrauen habe. Der Erfolg des Volksbegehrens, so fuhr Braun fort, sei zum größten Teil durch die Ausnutzung wirtschaftlicher Übermacht über abhängige Leute erzielt worden. Was auf diesem Gebiete in den ostelbischen Bezirken geschehen ist, gehe über den Terror der Parteiführer hinaus. Es sei möglich, daß sich eine gewisse Gemehr als Antwort auf den Terror von anderer Seite geltend gemacht habe. Bei den Landtagswahlen werde darüber entschieden werden, ob das neue Regime in Preußen in der ruhigen kontinuierlichen Weise weiter die Aufarbeitung fortsetzen könne oder ob die Rätepolitik komme, die der Rechten vorschwebt.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden oft von Zwischenrufen auf der Rechten unterbrochen, während die Regierungsparteien dem Ministerpräsidenten Beifall gollten.

### Sozialdemokratischer Antrag.

Die Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag unter Bezugnahme auf die Brotpreiserhöhung in Berlin beantragt:

1. Das Staatsministerium zu ersuchen, durch den Reichstag und auch auf dem Verhandlungswege auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die letzte Brotpreiserhöhung in Berlin und anderen Orten sofort rückgängig gemacht wird;
2. das Staatsministerium zu ersuchen, diesen Befehl der Berliner Bäckereinigung als im Widerspruch mit der Kartellgesetzgebung stehend im Verwaltungswege aufzuheben.

## Der soziale Gesamtaufwand.

7,5 Milliarden RM im Jahre 1930.

Berlin, 6. Mai.

Aus einer Aufstellung über den Aufwand der Sozialversicherung ergibt sich, daß aus dem Beiträgen für die Krankenversicherung aufgebracht wurden 2,1 Milliarden RM, für die Unfallversicherung 430 Millionen, für die Invalidenversicherung 985 Millionen, für die Angestelltenversicherung 382 Millionen und für die Knappschaftsversicherung 147 Millionen RM. Dazu kommen noch 18 Millionen Reichshilfe für die Krankenversicherung, 445 Millionen für die Invalidenversicherung und 30 Millionen RM für die Knappschaftsversicherung.

Der Gesamtaufwand hat also im Jahre 1930 betragen 4 837 000 000 RM gegenüber 1 371 200 000 RM im Jahre 1913. Dazu kommen noch rund 3 Milliarden RM Arbeitslosenversicherung. Der gesamte Sozialversicherungsaufwand hat demnach im letzten Jahre 7,5 Milliarden RM betragen.

## Gegen die Erwerbslosennot.

Die Vorbereitung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Berlin, 6. Mai.

Im Reichstag fand eine ausführliche Aussprache zwischen den interessierten Verbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst statt. Den Vorsitz führte Reichsminister Treuhand, der die Verhandlungen mit längeren Darlegungen darüber eröffnete, wie sich auf Grund der vorbereitenden Besprechungen zwischen den Reichsressorts und innerhalb der Arbeitsminister nach seiner Ansicht ein freiwilliger Arbeitsdienst mit Unterstützung des Reiches entwickeln lasse. Es betraf die Hoffnung, von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Sozialbeitrag von etwa 2 RM für eine bestimmte Frist zu erhalten.

In der Aussprache verpflichteten alle beteiligten Organisationen mit gewissen Abwechslungen in Einzelfragen, und so weit es sich um politisch orientierte Verbände handelt, unter gewissen Vorbehalten in bezug auf Organisation, arbeitsrechtlichen Aufbau usw. dem Grundgedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes beizutreten. Die von dem Minister aufgeworfene Frage, ob eine ausreichende Zahl von Freiwilligen für unter den in Aussicht genommenen Bedingungen werden würde, wurde allerorts bejaht. Auch die weitere Frage, ob ausreichende Arbeiten vorhanden seien, wurde bejaht.







Die Fremdenlegation mußten sich schließlich in ihre Realen zurückziehen. Als die Nachricht hieron nach Dor Riffen, der Hauptgarnison der Fremdenlegation, gelangte, wurde auch dort die alte Fregate befehligt. Auf Befehl des Oberkommandanten marschierten dann ein Eingeborenen-Regiment und drei spanische Kompanien von Ceuta nach Dor Riffen ab, das umzingelt wurde. Später trafen Verbarungen ein, worauf sich die Legation nach kurzem Kampf ergab. Diese Vorgänge haben unter den Eingeborenen von Tetuan Unruhe ausgelöst. Am Montag wurde der Generalkriegsbeschluss. Alle Wäben wurden geschlossen. Etwa 3000 Fremde verlangten die gleiche Behandlung wie die spanischen Arbeiter. Der Reichspräsident hat Arbeit für arbeitslose Eingeborene, Einbürgerung der marokkanischen Juden usw.

Der Oberkommandant empfing zwar eine Abordnung, anließ sie aber, noch ehe sie ihre Anliegen ausgeprochen hatte. Die Demonstrationen verzerrmerten hierauf die Fenster der Aniswohnung des Oberkommandanten und plünderten die europäischen Wäben. Gegen sie eingeleitete Eingeborenen-Kommission mußte durch Infanterie und Maschinengewehr-Abteilungen verdrängt werden.

### Kampf gegen die Religion.

Der Zentralrat der Gottlosen tagt.

Moskau, 6. Mai.

In Moskau wurde der Zentralrat des Verbandes der Gottlosen eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Erweiterung der Gottlosen-Bewegung; 2. Erziehung der Jugend in antireligiösem Sinne; 3. Einberufung der Internationale der Gottlosen in Moskau.

Die Tagung des Zentralrates soll für den entscheidenden Kampf gegen die Religionen und Kirchen die Grundlagen festlegen. An der Tagung des Zentralrates nehmen Vertreter der parallelen freidenker-Organisationen Deutschlands, der UdSSR, Frankreichs und Italiens teil.

### Deutsche Tageschau.

Vor fortgesetzten Regierungsmassnahmen gegen die Profiteure.

Von zufälliger Seite wird mit allem Nachdruck überhöbert, daß die Reichsregierung alles unternommen werde, um dafür zu sorgen, daß der Bekämpfer des Profiteurs wieder auf 46 Prozent gekürzt werde. Es ist wahrscheinlich umgehend mit einer Mitteilung zu rechnen, die Voraussetzungen enthält, auf Grund deren es möglich sein wird, den Profiteurs wieder auf den alten Stand zu bringen.

### Die deutsche Kriegsflotte in Kiel.

Die dem Flottenverband angehörenden vier Minieschiffe „Schlesien“, „Schleswig-Holstein“, „Hannover“ und „Sachsen“ sowie die Kreuzer „Königsberg“ und „Köln“ sowie sechs Torpedobootsflottillen haben nach Beendigung der Seemannsferien den Flottenverband im Rahmen der planmäßigen Ausbildung in der Ostsee abgegeben und sind dann am 30. April in den Kieler Hafen eingelaufen. Von hier aus machen die Schiffe ihre Frühjahrsfahrten. Da auch der nicht dem Flottenverband angehörende Kreuzer „Karlshof“ seit einiger Zeit in Kiel stationiert liegt, befinden sich am Ende der Woche alle zurzeit in der Heimat im Dienst befindlichen Kriegsschiffe in Kiel stationiert. Besondere Aufmerksamkeit erregt der Neubau „Graf von Helldorf“ (Bauziffer 10), der am 19. Mai in Anwesenheit des Reichspräsidenten vom Stapel laufen soll.

### Die Heeresausgaben der Großmächte.

Die Heeresausgaben für 1930 haben gegenüber denjenigen für 1929 vermindert: England um 10 % und Japan um 1,6 %; dagegen erhöht: Rußland um 184 %, Frankreich um 110 % (einschließlich Luftwaffe), Italien um 36 %, die Vereinigten Staaten um 28 %. Die Zahlen sind nicht völlig vergleichbar, da bei einigen Ländern „inaktive Ausgaben“ oder solche für Luftwaffe und Marine einbezogen sind, die bei anderen Ländern nicht im Heereshaushalt aufgeführt werden. Ferner sind Veränderungen der Kaufkraft des Geldes seit 1924 nicht berücksichtigt. Diese list in England, den Vereinigten Staaten und Japan festliegen, in Frankreich und Italien gefunken.

### Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 6. Mai 1931.

\* Bei der hiesigen Sparratsung gingen im Monat April 54.724 RM, neue Einlagen in 314 Kassen ein (1930 67.164 RM.); verausgabt wurden 51.665 RM, Einlagen in 208 Kassen (1930 52.800 RM.). Der Gesamteinlagenbestand beträgt 144.773 RM. (1930 123.616 RM.). — Der Umlauf auf Sparkonto wurde mit 298.110 RM. festgelegt (1930 263.133 RM.). — Der Gesamtumsatz befreit sich auf 1.083.134 RM. (1930 1.001.587 RM.). — Die Gesamtumläufe betragen 4.820 (1930 4.450).

\* **Berein, Dübener Heide.** Am vergangenen Sonntag fand im Hotel Palmboom eine erweiterte Vorstandssitzung des Hauptvereins statt, die von den Ortsgruppen Düben, Schmiedeberg, Priesitz, Sölligau, Jenzitz und Gräfenhainichen besichtigt war. Die Beratungen ergaben die Notwendigkeit der Neuwahl des engeren Vorstandes. Gerügt wurde ganz besonders von der hiesigen Ortsgruppe das eigenmächtige Vorgehen der Ortsgruppe Gräfenhainichen bei der Begrenzung, wodurch es den anderen Ortsgruppen unmöglich gemacht wurde, die Wegebezeichnung in der vorgezeichneten Weise durchzuführen. Zur Neuwahl des engeren Vorstandes findet am 17. Mai, nachmittags 2 Uhr in der Weintraube eine Vertreterversammlung statt.

\* **Wiedereröffnung.** Nächsten Sonntag wird der Gießhammer unter der Verwaltung des früheren Kronprinzen von Dänemark wieder als Gießwerkstatt eröffnet. Wie der neue Wirt dazu mittel, findet jeden Sonntag Unterhaltungs- und Tanzmusik statt. Auch soll am 3. Pfingstfreitag nach früherem Brauch erstmalig wieder ein Waldkonzert (Kapelle Reichmann) veranstaltet werden.

\* **Gegen zu hohe Gehälter.** Der Soziale Ausschuß einer Berliner Kreisgruppe fordert in einer Entschliessung, daß die ganz ungerechtfertigt hohen Spitzengehälter namentlich vieler Stellen an den Banken und in der Industrie sowie überhöhte Ruhegehälter endlich durch den einmütigen Druck der öffentlichen Meinung ganz erheblich herabgesetzt werden. Der Ausschuß begründet ebenso lebhaft die Absicht, ein neues Aktiengesellschafts- und Kartellrecht zu schaffen, das die Bilanzverschönerungen verbietet, Monopolverbindungen unterbindet und Handbänder gegen rückwärtslose Dividendenverteilung gibt.

\* **Die Wagnisbeurteilung und Auto-Lotterie bietet** auch in diesem Jahre sehr gute Gewinnchancen. Der Hauptgewinn beträgt bei einem Lospreis von 1.— RM 15.000 RM, aus dem Doppellos von 2.— RM 30.000 RM. Insgesamt gelangen Gewinne im Werte von 60.000 RM zur Verteilung. Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 90 % in bar ausbezahlt. Jedes Einzellos enthält gleichviel einen Anrechtsschein von 50 Pf., welcher beim Verkauf der Wagnisbeurteilung im Jahre 1931 in Zahlung genommen wird. Die 1. Ziehung beginnt am 15. Mai. Lose sind in der Buchdruckerei Richard Arnold, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3 zu haben.

Gegen den neuen Tod, bald wieder die Freiheit, mo Jung und Alt im Wasser tollt, wo Segel- und Ruderboote in schneller Fahrt die Fluten durchschneiden. Mit all den Freuden, die uns das nasse Element spendet, zieht aber auch ein dunkler Schatten herauf. Ein Unsichtbarer taucht aus der grauenhaften Tiefe herauf und hält sich hier und dort seine Opfer: der nasse Tod! Wer seinen Feinden nicht gewachsen ist, sollte sich vorziehen, sich vorbereiten auf den Kampf mit ihm. Wer nicht schwimmen kann, der überwinde die Wasserfurcher oder die Bequemlichkeit und lerne es. Der Schwimmer trete ein in die Reihen der freiwilligen Helfer unter dem Symbol der deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft. Wenn jeder Schwimmer sich die Fähigkeiten eines Rettungschwimmers aneignen würde, könnte vielen taubend Menschen das Leben erettet werden.

\* **Breslau, 2. Mai.** (Im Walde einlagern.) Tot aufgefunden wurde gestern die seit Anfang voriger Woche vermißte Witwe Wilhelmine Schumann aus Glienburg. Die 78 Jahre alte Frau hatte sich, wie schon einmal im Vorjahre, allein auf dem Weg nach Wendenhain zu ihren dort wohnenden Verwandten gemacht. Dabei muß sie die Richtung verfehlt haben, denn ihre Leiche wurde von einem Forstbeamten in dem Breslauer Wald entdeckt. Der Tod ist wahrscheinlich auf Schwäche und Erschöpfung zurückzuführen.

\* **Wita.** (Die Sprache verloren.) Von einem herben Geschick ist der Sprache heutzutage stehende Dramenmacher Boos von hier heimgesucht worden. Er wurde mitten im Monat vom Schlag getroffen und lag längere Zeit ohne Bewußtsein. Ist auch sein Befinden etwas besser, so hat sich aber die verlorenen Sprache bis heute noch nicht wieder eingestellt. Offenbar wird, das mit zunehmender Besserung sich auch diese wieder einstellen möge, damit der alte beliebte Mann auf seine alten Tage noch mit seinen Angehörigen ein Wort reden kann.

\* **Salzweiger.** Am Holzweiger Leberbau ereignete sich infolge der dortigen Schlaglöcher ein schwerer Sturz eines Motorradfahrers. Trotz langwieriger Fahrt wurde dem Fahrer durch die Schlaglöcher der Venter aus den Händen geschlagen, wodurch er das Gleichgewicht verlor und fürzte. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf, Auge und Schlüsselbein. Das Motorrad wurde vollkommen zerstört.

\* **Wörlitz, 4. Mai.** Goarrie eines Kadetes. Ein zu Zufahrter Kahn wurde infolge des starken Windes gegen das rechte Ufer gedrückt und geriet dabei auf das flache Ufer der hiesigen Gänge. Während die Stahltrasse riß, trieben die Tonnen, die das Seil trugen, stromab. Der Steuermann mußte, um einen Zusammenstoß mit der Fährze zu verhindern, sein Fahrzeug im Strom wenden, wobei es mit dem Ufer auf eine Bühne geriet und sich festsetzte. Der wegen der Saatzeit starke Verkehr über die Elbe mußte über die Grentzinger Gänge umgeleitet werden.

\* **Am den Spiritus...** Zwangsang zum Treibstoff. Auf Einladung des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland (Sich Halle) fand am 29. April 1931 in Halle eine Besprechung über die Frage des Spiritusbeimittlungszwanges zum Treibstoff statt. An dieser Besprechung nahmen Spitzenorganisationen der Landwirtschaft der Industrie, des Handelsgewerbes, der Verbraucher sowie Vertreter der Wissenschaft und Vertreter der Kraftfahrerschaft bzw. der Reichsmonopolverwaltung für Brennmaterial teil. In dieser Besprechung, in der der ganze Fragenkomplex eingehend erörtert wurde, konnte festgelegt werden, daß es im allgemeinen Interesse dringend erwünscht wäre, wenn sich die beteiligten Kreise über eine zweckmäßige Form der Beteiligung in dieser Frage einigen würden, bei der die berechtigten Interessen der Industrie, der Landwirtschaft und der Verbraucher gewahrt würden. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der vom Reichsverband der Deutschen Industrie eingeleitete Ausschuß zur Untersuchung der Brennmaterialwirtschaft unter Hinzuziehung von Vertretern der Landwirtschaft die Grundlagen für eine solche Regelung schaffen werde.

\* **Ministerpräsident Braun zur Preussag-Affäre.** Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun erklärte am Montag im Preussischen Landtag zu Anfragen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei über den zwischen U h a l z und der Preussag abgeschlossenen Vertrag wegen der Anbahnung des Salzwerkes, die Preussag habe am 1. Oktober 1929 auf Grund eines mit dem anhaltischen Fiskus abgeschlossenen Vertrags die Anhaltischen Salzwerke G. m. b. H. in Leopoldsdorf übernommen. Maßgebend für den Vertragsabschluss seien ausschließlich wirtschaftliche Ge-

richtsprüche gewesen. Der Generalkontraktant beim Landgericht 1 Berlin habe sich dahin geäußert, daß ihm der Sachverhalt zur Einleitung eines Strafverfahrens keine Anhaltspunkte geboten. Die Stellung der preussischen Staatsregierung im Preussag zur Frage der Reichszulassung der Deutschen Realindustrie in Dessau sei von staatspolitischen Gesichtspunkten bestimmt worden. Eine Verständigung zwischen der Ausübung staatlicher Hoheitsrechte und den Angelegenheiten der Staatsangehörigen wirtschaftlichen Gesellschaften habe nicht vorgelegen. Er, der Ministerpräsident, sei nicht bereit, vor dem anhaltischen Gerichtshof oder dessen Kommission auszusagen.

### Die Spänerklärung gegen den Arbeitgeberverband der Braunkohlenindustrie.

In der Berufungssache des Bergbauindustriearbeiterverbandes gegen den Arbeitgeberverband der Braunkohlenindustrie auf Erstattung von Streikunterstützungsgeldern ist am 1. Mai der Termin für die Verhandlung im Reichsgericht in Dessau festgesetzt worden. Die Verhandlung wird am 2. Mai stattfinden. In der ersten Instanz wurde der Kläger mit seiner Klage mit der Begründung abgewiesen, daß er zur Zahlung der Unterstützungen rechtlich nicht verpflichtet war, er demnach auch keine Entschädigung verlangen könne. Ein Vergleich war zwischen den Parteien wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Streitfalles nicht möglich. Die Urteilsveränderung findet am 3. Juni statt.

### Lohnstiefen für das Kranken- und Pflegepersonal.

In dem Lohnstreit zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband und dem Personal der Kranken-, Heil-, und Pflegeanstalten sowie ähnlicher Einrichtungen ist von der Bezirksratsstelle in Magdeburg ein Schiedsspruch gefällt worden, der rückwärts ab 1. Mai eine Erhöhung der Löhne um 6,25 Prozent vorschreibt. Die Stellungnahme der Parteien zu diesem Schiedsspruch steht noch aus.

### Bürgerliche gegen Staatskommissar.

\* **Merseburg.** Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft im Kreisverband des Landkreises Merseburg hat den Vorsitzenden des Kreisverbandes ersucht, den Kreisrat für den 8. Mai dringlich einzuberufen. An der Begründung heißt es, daß der Regierungspräsident die Zwangssetzung ohne vorheriges förmliches Verfahren vor dem Bezirksauschuss angeordnet hat. Es wird daher beantragt, daß der Kreisrat beschließt, gegen die Zwangssetzung Klage beim Oberverwaltungsgericht einzureichen. Ferner soll eine höchstgerichtliche Entscheidung darüber herbeigeführt werden, daß der Staat den Kommunen die von Staats wegen festgesetzten Mehrausgaben zu ersetzen hat. Schließlich soll der Kreisrat beschließen, gegen die vom Staat zwangsweise eingeführten vier Steuern ebenfalls Klage beim OVG. zu erheben.

### Schwerer Finanzsturz des Kreises Sangerhausen.

Sangerhausen. Der Kreisrat des Kreises Sangerhausen verabschiedete den Etat für 1931/32. Dieser schließt mit 2.165.700 Mark ab. Er enthält einen ungedeckten Verbindlichkeitsbetrag von rund 455.000 Mark. An Steuerzuführungen werden 47 % zur Bürgerrente erhoben. Eine Entschliessung, die an das Reich und an Preußen gestellt werden soll, fordert schleunige Hilfsmaßnahmen für den Kreis Sangerhausen zur Vermeidung des finanziellen Zusammenbruchs.

### Gegen die Politik des Reichsrenovationsministers.

Dresden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion fordert in einem Antrag wegen der Preussag-Entscheidung die Regierung auf, bei der Reichsregierung sofort schriftlichen gegen die Politik des Reichsrenovationsministers Schritte zu protestieren und alle Maßnahmen ergriffen abzulehnen, durch welche die breiten Massen geschädigt werden. Auch die Kommunisten protestieren in einem Antrag gegen die Erhöhung des Brotpreises.

\* **Dresden.** Als verurteilt benötigte Oberbürgermeister Dr. Käufel die Anwesenheit des Reichsrenovationsministers Dr. Dietrich in Dresden, um mit ihm in mehrfacher Unterredung das immer dringender werdende Problem der Wohnraumbeschaffung zu erörtern. Gegenstand eingehender Erörterungen war auch die Frage der Brotpreissenkung. Es herrschte Übereinstimmung, daß einer Brotpreiserhöhung mit allen Mitteln entgegenzuwirken sei und daß jedenfalls eine Herabsetzung bereits erhöhter Preise erreicht werden müsse.

### Der Landbau für höheren Butterzoll.

Dresden. Der Sächsische Landbund erklärt in einem Telegramm an den Reichspräsidenten und an den Reichsrenovationsminister die Vertagung der Entscheidung über den Butterzoll für unverständlich und habe große Gegenregung verursacht. Durchgreifende landwirtschaftliche Hilfsmassnahmen seien besonders für die sächsischen bäuerlichen Gebirgsbetriebe eine Lebensfrage. Die sächsische Landwirtschaft fordere als unentbehrliche Schutzmaßnahme für ihre Erhaltung die unverzügliche Festsetzung des Butterzolls auf 100 Mark.

### Feldherren Verbandsrat.

Leipzig. Auf dem Leipziger Hauptbahnhofsvorplatz wurde der 63 Jahre alte Feldherrenrat Georg Ruppel aus Berlin-Steglitz, früher Dresden wohnhaft, von einem Motorradfahrer aus Thelma angefahren. Ruppel erlitt einen Schädelbruch und starb an dessen Folgen wenige Stunden später. Der Motorradfahrer zog sich beim Sturz eine schwere Gehirnerkrankung und Kopfverletzungen zu.

\* **Maisanbau durch Besangener misglückt.** Röhlich. Am hiesigen Amtsdirektionsgebäude überließen drei Gefangene bei der Ausgabe des Abendessens den Gefängnisinspektor, entriessen ihm die Schlüssel und verdundten, die übriegen Zellen auf zu öffnen. Es gelang jedoch

SN 22-123

**ALLE** WOCHEN **IMMER GLEICH GUT KOCHEN**

**Lanella** MARGARINE

**1/2 tb 35**

**DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE**



nur, einem 18jährigen Gefangenen zu entkommen. Auf der Flucht stahl er erst ein Fahrrad und dann ein Motorrad. Die Börner Kriminalpolizei konnte aber seinem Auszug in die Freiheit ein Ende machen, indem sie ihm der Amtsgerichtsgefängnis zuführte.

**Sonneberg.** Er war mit dem Hammer. — Zwei Kommunisten wollten nichts auf einer auf dem Marktplat stehenden Linde eine Fahne anbringen. Ein Polizeibeamter kam hinzu und nahm einen der Täter fest, um ihn auf die Waage zu bringen. Er hatte nicht bemerkt, daß auf der Linde noch ein Gefangener saß. Richtig flog ihm ein mit großer Wucht geworfener Hammer knapp am Kopf vorbei. Der Beamte konnte den Täter nicht und seinen Helfer nur unter Drohung mit der Schußwaffe festnehmen.

**Badra bei Bad Frankenhausen (Kuffh).** Liebe die in den Tod. — Hier hat sich die 31jährige Witwe Gertrud B. in der Schlafstube des erteilichen Hauses erschossen. Sie konnte den Tod ihres Mannes, der im Januar starb, nicht überwinden und feste daher der Entschluß, sich von ihren beiden Kindern im Alter von fünf und neun Jahren zu trennen und dem geliebten Manne in den Tod zu folgen.

**Erzgebirgische Arbeitslosigkeit im Baugeverbe.**

Die Arbeitsmarktlage im Baugeverbe hat sich gegenüber der Vorwoche wiederum nur geringfügig gebessert. Von dem dem Baugeverbe angehörenden Personen sind rund 73 Prozent ohne Arbeit.

**Schweres Unwetter im Vorhaz.** Ueber dem Hafel, einem Gebirgste des Harzes, ging als Begleiterscheinung eines schweren Gewitters ein furchtbarer Wolkenbruch nieder. Der Schaden ist sehr bedeutend. In der Hauptfalle wurden die Ortschaften Grönungen, Kropfenstein, Nienhagen und Schneidungen betroffen. Der Himmel überzog sich weithin mit weißschwarzen Wolken. Bald darauf entlud sich ein schweres Gewitter. Der Regen war so dicht, daß man kaum zehn Meter weit sehen konnte. Durch Grönungen und Kropfenstein wälzten sich große Schlammlawen und

bedeckten 30 Zentimeter hoch die Straßen, so daß Kraftfahrzeuge steckenblieben. In der Nähe von Grönungen hat sich auf den Wäldern ein riesiger See gebildet. Bei Heynburg wurde der Bahndamm der Kleinbahn Grönungen—Schneidungen von den Wassermassen unterhöhlt. Es ist bereits Hilfe von Magdeburg angefordert worden, die den Bahndamm wiederherstellen soll.

**Der Dreizehntagekiller ermittelt, aber lässig.** Der Berliner Mordkommission ist es jetzt gelungen, den Mord an dem Gelbbrüder Schwan aufzuklären. Der Täter hatte bekanntlich am Tatort einen blutbefleckten Kragen zurückgelassen. Durch Befragen der Wäschefirma wurde der Eigentümer dieses Kragens festgestellt, der den Kragen dem 23-jährigen Maurer Ernst Rheims, wohnhaft Mommenstraße 33, gekent hat. Auch eine weitere Spur wies auf Rheims als Täter hin. Rheims war seit längerer Zeit arbeitslos und ohne Geldmittel. Er hatte Bekannten gegenüber geäußert, er werde sich in nächster Zeit Geldmittel verschaffen. In seinem Zimmer wurde ein Kleiderkasten gefunden, wie es ähnlich bei dem Mord Verdandi worden ist. Rheims, der seit dem 2. Mai flüchtig ist, ist 175 Zentimeter groß, dunkelblond und trägt eine Brille.

**Zabritant unter Mordverdacht.**

Ein Gerichtsdiener ermordet.

Malchow i. Mecklg., 5. Mai.

Montag nachmittag gegen 6 Uhr wurde der Gerichtsdiener Stäfel auf dem Grundstück des Zabritanten Jonas ermordet aufgefunden. Inwieweit der Leiche lag ein schwerer Eisenstößel, mit dem der Mord offenbar ausgeführt worden war. Als Täter kommt wahrscheinlich der Zabritant Jonas in Frage, der flüchtig ist.

Jonas hatte vor einiger Zeit angeblich eine Erfindung gemacht und dafür Geldbette erworben. Bald darauf wurde er unter Betrugsverdacht in Untersuchungshaft genommen. Um den Beweis für seine Behauptungen antreten zu können, wurde Jonas er-

laubt, auf seinem Grundstück Experimente zu machen, die von dem Gerichtsdiener beobachtet werden sollten. Als am Montag weder Jonas noch Stäfel in das Gefängnis zurückkehrten, forschte man nach dem Verbleib der beiden nach und fand Stäfel in dem verfallenen Arbeitsraum ermordet vor. Von Jonas fehlte jede Spur.

Die inwieweit festgestellt werden konnte, ist nachmittags ein Hamburger Automobil von dem Grundstück fortgefahren. Man vermutet daher, daß Jonas von Selbstmord abgesehen und in dem Auto geflüchtet ist.

Der Mörder und Hochstapler Jonas ins Ausland geflüchtet. Zu dem Mordverbrechen des Hochstaplers Jonas an dem 70jährigen Justizratsmeister A. D. Wäfer wird gemeldet, daß es der Polizei nicht gelungen ist, den Verbrecher auf seiner Flucht aus deutschem Boden zu fassen. Es ist ihm gelungen, auf einer Motorboot die offene See zu gewinnen. — Unter dem Verdacht der Missetatheit an dem Flugplan und dem Mordverbrechen des Jonas ist der Inhaber einer Hamburger Exportfirma, der Kaufmann Wotan von der ... Polizei verhaftet worden.

**Alle Achtung . . .** Es macht der deutschen Hausfrau alle Gier, daß sie das wirklich Gute und Preiswerte mit unfehlbarer Sicherheit erkaufte, denn das ist gar nicht so leicht. Von allen Seiten drängen die Anknüpfungen drüber auf sie ein: Preisbillig, unerbötige Willigkeit, noch nie dagewesene niedrige Preise. Daß die moderne Frau sich aber kein Z für ein ll vorzuziehen läßt und neben Preisbilligkeit auch auf Qualität sieht, hat der angegebene Erfolg der neuen Margarine Sanella gezeigt. Jeder Hausfrau ist binnen kurzen Sanella wohlvertraut geworden, da sie nicht nur getreulich im Preise ist, sondern selbst die Ansprüche des veredeltesten Geschmackes erfüllt.

**Kirchliche Nachrichten.**

Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr Bibelstunde im Archidiatonat. Zu zahlreichem Besuch ladet dergleichen Pfarrer Ahnus.

**Brennholz-Verkauf**

der Oberförsterei Tornau bei Düben an der Mulde am 13. Mai ab 10 Uhr im „Seibetung“ in Tornau Grenzhans. Jag. 96a, 110, 133e, 146d, Tot. Hauptn. 125e, 126a, 131Aa, 139b, Gi: 50 Kilo, 34 Kilo, 2 Bruch, 25 Reis I, Vu: 50 Kilo, 10 Kilo, 22 Reis I, Wbu: 20 Kilo, 12 Kilo, Vir: 3 Kilo, Kie: 4 Kilo, 40 Kilo, 13 Bruch, 30 Reis I  
**Lutherstein.** Jag. 73d, 83b, 86e, 99b, 115c Gi: 4 Kilo, 10 Kilo, 60 Reis I, Vu: 4 Kilo, 1 Reis I, Vir: 3 Kilo, 12 Kilo, Alp. 1 Kilo, 3 Kilo, Kie: 1 Kilo, 25 Kilo, 57 Reilig I  
**Tornau-Nord.** Jag. 88Ac, Tot. Hauptn. 45a, 47a, 119f, 119d, 120Ab, 120Bb, 104b, Gi: 30 Kilo, 2 Knorr, 20 Kilo, 3 Bruch, 25 Reis I, Vu: 70 Kilo, 15 Knorr, 3 Kilo, Vir: 3 Kilo, 1 Kilo, Kie: 40 Kilo, 60 Kilo, 131 Reis I  
**Schwemsal.** Jag. 8a, 50b, 56, 59c 81d u. Sammelh. Gi: 3 Kilo, 11 Kilo, 28 Reis I, Vu: 10 Kilo, 40 Kilo, 30 Reis I, Kie: 200 Kilo, 100 Kilo, 300 Reis I  
**Tornau-Süd.** Jag. 2b, 6a, 38b, 40Ab Vu: 24 Kilo, 18 Kilo, 3 Reis I, Kie: 16 Kilo, 162 Reis I  
**Rauchhaus.** Sammelh. Gi: 7 Kilo, 1 Reis I, Vir: 1 Reis I, Kie: 94 Reis I  
 Berichtigung vorbehalten

**Zahlungsbefehle**

empfehlen vom Lager **Richard Arnold.**  
**Die schönsten Farben zu herabgesetzten Preisen für Kalt-, Leim- u. Delanstriche**  
 Bleiweiß in Del, Firniß  
 Serpentin — Siccatis  
**la. Fußboden-Lackfarbe**  
**Streichfertige Oelfarben** in jedem Farbenton  
 Pinsel — Schablonen  
 Tafel-, Eichel- u. Kalt-Leim  
 — Lacke jeder Art —  
 empfiehlt **C. G. Pfeil**

**Nitrophoska**  
**Kali-Ammonsalpete**  
**Natronsalpete**  
 schwefels. Ammoniak und  
 andere Düngemittel  
 liefert zu herabgesetzten Preisen  
**Albert Dülfsch Nachfolg.**  
**Prima**  
**Saalkartoffeln**  
 verkauft **Karl Lehmann**  
 Weinbergstraße 8

**Frische Flecke**

empfehlen **Rich. Krausemann Nachf.**  
 Inhaber Heinrich Schneider

**Führer durch die Dübener Heide**

empfehlen **Richard Arnold, Kemberg**

**Gicht- und Rheumatische!**  
 können sich von ihrem qualvollen Leiden befreien durch **Carl Vaders Divinalsalbe**. Seit Jahrzehnten 1000fach bewährt bei Gicht, Rheuma, Zithias, Nervenleiden, Schmerzstillend u. heilend Wirkung überragend. Zahlreiche Dankschreiben von Geheilten.  
 Preis 1.50 u. 3.— RM.  
 Apotheke Kemberg.  
 Apotheke Bad Schmiedeburg.

**M.-T.-V.**

Morgen Donnerstag, den 7. Mai, abends 1/9 Uhr im Vereinslokal (Hotel Palmbaum)  
**Turnratsitzung** anschließend  
**Berufsammlung**  
 Zahlreiches Erscheinen der Turngesellschaft erwünscht  
**Der Vorstand**  
**Kad.-Berein Germania**  
 Morgen Donnerstag im Schützenhaus  
**Berufsammlung**  
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht  
**Der Vorstand.**

**Haus- u. Grundbesitzer-Verein e. V.**

Am Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr findet

**Berufsammlung**

in der Weintraube statt. Die Mitglieder wollen mit ihren Frauen zahlreich erscheinen.  
 Es spricht Herr Oberinspektor Maack aus Halle über **Der Haus- und Grundbesitzer vor neuen Gefahren und Möglichkeiten zur Abwehr**  
 Zu dieser Berufsammlung werden hiermit auch Hausbesitzer, die dem Verein nicht angehören, mit ihren Frauen eingeladen  
**Der Vorstand**

**Gewerbe-Berein**

Freitag, den 8. Mai, abends 1/9 Uhr im Hotel Palmbaum  
**Berufsammlung**  
 Zahlreiches Erscheinen erbittet  
**Der Vorstand.**

**Hotel „Blauer Hecht“**  
 Sonnabend, den 9. Mai, von nachm. 3 Uhr an  
**Grosser Jahrmachts-Ball**  
 Erstklassige Ballmusik Stark besetztes Orchester  
 Kalte und warme Speisen in bekannter Güte  
 : Biere, Weine und Liköre erster Häuser :  
 Um gültigen Zuspruch bittet **Paul Günther**  
 Räderaufbewahrung

**Zum Jahrmarkt empfehle**  
 prima frisches  
**Rind-, Kalb- und Schweinefleisch**  
**Ir. Bratwurst, Fleischsalat**  
**Kasseler Rippespeer**  
**die. Aulsehnitt**  
**Ir. Sülze, Kaiserjagdwurst, Mortadella**  
**Wiener Würstchen, Würstchen in Dosen**  
**Bockwurst und Breslauer**  
**Richard Krausemann Nachf.**  
 Inhaber Heinrich Schneider.

**7994 DEUTSCHE ARZTE**  
 KAFFEE HAG SCHONT haben allein im Jahre 1928 schriftlich  
**KAFFEE HAG**  
 empfohlen Auch Sie sollten diesen völlig  
 unschädlichen Bohnenkaffee trinken  
 IHK HERZ  
 Stets frisch zu haben bei  
**Richard Tempelhof**, Ecke Anhalter- und Kreuzstraße

**Roggenstroh**  
 verkauft für 1.— RM pro Zentner ab Scheune  
**Untersverwaltung Meuro**  
 Statt Karten.  
 Herzlichen Dank für die freundlichen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Vermählung.  
**Kurt Pade u. Frau**  
 Irmgard, geb. Weise  
 Kemberg, im Mai 1931.





# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörungen Streifen usw. zeitlich jeder Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Perzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geliehener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.- M. das Konting., zusätzlich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 54

Donnerstag, den 7. Mai 1931

33. Jahrg.

Sonabend, den 9. Mai  
**Kram- u. Schweinemarkt**  
Der Anstich beginnt um 7 Uhr  
Kemberg, den 29. April 1931.

57) **Die Polizeiverwaltung.**  
**Die städtische Badeanstalt**  
ist neu vorgerichtet, erweitert und verbessert worden. Sie wird hiermit zur **Verpachtung** ausgeschrieben. Als Pächter kommen nur gute Schwimmer in Frage. Nähere Auskunft erteilt der Bürgermeister.  
Angebote bis 10. Mai erbeten.  
Kemberg, den 5. Mai 1931.

58) **Der Magistrat**  
**Immer neue Stafforgen!**  
Durch nichts wird unsere schwierige wirtschaftliche Gesamtlage in ansehlicher Weise illustriert als durch die Tatsache, daß die Stafforgen bei uns kein Ende nehmen. Vom Defizit zu Defizit; das scheint die wahrhaft tragische Lösung zu sein, unter der unsere Gläubiger seit Jahren stehen und man wird dabei an das loben gesprochen Wort Dr. Bubers erinnert, daß eine wirklich getragene Haushaltsführung bei uns auf die Dauer so lange unmöglich sein wird wie untragbare Tributlasten auf uns drücken. Natürlich müssen wir, solange diese noch bestehen, alles tun, was in unserer Macht liegt, um unser Haus in Ordnung zu bringen. Wie schwer das freilich trotz allen guten Willens ist, dafür gibt die Entwicklung unserer letzten Gläubiger ein nur zu deutliches Beispiel.

Auch der letzte Etat steht unter dem Zeichen des Defizits. Das Defizit hat in dem am 31. März abgelaufenen Haushaltsjahr gegenüber einem Voranschlag von 10 265,6 Millionen RM nur 9024,9 Millionen RM eingenommen, so daß eine Mindereinnahme von 1240,7 Millionen RM zu verzeichnen war. Von dieser Mindereinnahme entfallen 810,5 Millionen RM auf die Besitz- und Verkehrsteuern und 430,2 Millionen RM auf die Zölle und die Verbrauchssteuern. Mit einem Einnahmeausfall in dieser Höhe hat das Reichsfinanzministerium nicht gerechnet; es schätzte noch Mitte März den Gesamteinnahme nur auf 1040 bis 1060 Millionen RM ein, nachdem sich im November 1930 die Schätzung auf nur 900 Millionen RM belaufen hatte. Zu diesem Fehlbetrag im öffentlichen Haushalt kommt noch derjenige des außerordentlichen Haushalts, der auf 200 Millionen RM zu schätzen ist, so daß sich insgesamt ein Betrag von rund 1450 Millionen RM ergibt. Ende Februar 1931 betrug die schwebende Schuld rund 1580 Millionen RM. In diesem Betrag war der Haushaltsfehlbetrag nur mit 885 Millionen RM (anlaßt des endgültigen Betrages von 1240,7 Millionen RM) eingelegt, so daß ein Gesamteinnahmebetrag in Form der schwebenden Schuld mit rund 2 Milliarden RM auf das neue Haushaltsjahr übernommen werden muß. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß im vergangenen Haushaltsjahr 290 Millionen RM an nichtverbreitenden Einnahmen eingegangen sind, und daß rund 1350 Millionen RM durch Schuldenaufnahme gedeckt wurden. Da Möglichkeiten dieser Art künftig nicht bestehen, muß dieser Betrag bei Beurteilung der Aussichten für das kommende Finanzjahr mit berücksichtigt werden. Erwähnt sei schließlich noch, daß am 1. Oktober 1930 rund 620 Millionen RM Steuerrückstände vorhanden waren. Es ist anzunehmen, daß dieser Betrag zu einem erheblichen Teil nicht einsehbar sein wird.

Ist dieses Bild schon trübe, so wird es noch trüber, wenn man bedenkt, daß in dem jetzt abgelaufenen Haushaltsjahr die erste Hälfte, d. h. die Zeit vom April bis September 1930, gegenüber den jetzigen Zuständen noch verhältnismäßig günstig war. Inzwischen sind sowohl die Einnahme- wie auch die Ausgabeleihe des Etats von der abintendenden Konjunktur in immer stärkerer Weise beeinflusst worden. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß der für das laufende Haushaltsjahr festgelegte Voranschlag von 10 265 Millionen RM eingehalten wird; es ist sogar anzunehmen, daß im jetzigen Haushaltsjahr nicht einmal die Einnahmen des vorigen erreicht werden, während gleichzeitig eine nicht unerhebliche Steigerung der Ausgaben eintreten dürfte. Während vor einigen Wochen der Fehlbetrag für das laufende Jahr noch auf 600 Millionen RM geschätzt wurde, rechnen unrichtigere Kreise jetzt bereits mit einer Fehlbetragsmöglichkeit von einer runden Milliarde im Reichsetat. Dazu kommen dann noch die Fehlbeträge bei Ländern und Kommunen, die allein bei den Gemeinden am 31. März 1931 auf rund 600 Millionen RM zu schätzen waren, ein Betrag, der sich im Laufe dieses Jahres sicher auf 1 Milliarde erhöhen wird. Rechnet man dazu noch die Fehlbeträge aus der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Knappschaft, die zusammen gleichfalls rund 1 Milliarde betragen werden, so rundet sich das Bild ab.

Wie dieses Defizit, das hier natürlich nur in großen Zügen errechnet werden kann, abzudecken, und wie die Finanznot zu beheben ist, darüber schweben zurzeit natürlich Erwägungen. So erhält sich trotz mehrfacher Dementis hart-

nächst das Gerücht von einer neuen Kürzung der Beamtengehälter, über deren Unpopularität kein Wort zu verlieren ist. Angesichts der gesamten Entwicklung wird man wohl von selbst dazu gezwungen sein, auch auf dem Gebiet der Sozialstats erhebliche Einsparungen vorzunehmen. Hoffentlich steht der von der Regierung Brünning mehr als einmal proklamierte Grundgedanke „keine Steuererhöhungen mehr!“ nach so vielen trüben Erfahrungen nunmehr endgültig fest. Es ist keine Frage mehr, daß der Etat ohne Steuererhöhungen in Ordnung gebracht werden muß; die Frage ist nur, wie das geschehen kann.

**Vor grundsätzlichen Entscheidungen.**  
Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung Berlin, 5. Mai.  
Bei den Beratungen des Reichskabinetts stehen gegenwärtig die Finanz- und Sozialpolitischen Fragen im Vordergrund. Die Besprechungen drehen sich in erster Linie um die Deutung des Fehlbetrages im Reichshaushalt und um die Sicherung und Sicherung der Arbeitslosenfürsorge, der Reichsflottenpolitik usw.

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Reichsfinanzminister bereits eine Reihe von Einnahme- und Deckungsmaßnahmen ausgearbeitet und anderen beteiligten Stellen zur Prüfung vorgelegt. Die endgültige Entscheidung dürfte doch erst fallen, wenn das Kabinett sich über die Grundzüge klar geworden ist nach denen seine Politik jetzt weitergeführt werden muß. Wie man weiß, haben die einzelnen Minister bei der Wiederaufnahme der Kabinettsarbeiten nach der Osterpause zunächst darüber berichtet, wie sich die Lage auf ihrem Spezialgebiet inzwischen verändert hat. Es ist nur konstat, daß das Kabinett prüft, ob diese Entscheidung Veranlassung gibt, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Das bezieht sich z. B. auf die Frage, ob die Senkungspolitik fortgesetzt oder nun zum Abbruch gebracht werden soll, um organisch von anderen Maßnahmen abgelöst zu werden die geeignet sind, eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen. Erst wenn über solche grundsätzlichen Fragen Klarheit geschaffen ist, wird sich bestimmen lassen, in welcher Art die Deutung zu erfolgen hat. In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Klärung verhältnismäßig bald herbeigeführt wird.

**Anfragen im Preussischen Landtag.**  
Ministerpräsident Brauns über die Auslageverweigerung Berlin, 5. Mai.  
Im Preussischen Landtag, der die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten begann, beantwortete Ministerpräsident Brauns eine Reihe großer Anfragen.

Die Verweigerung der Auslagegenehmigung für Staatsminister vor dem Volksbegehren-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages, die von der Deutschen Volkspartei zum Gegenstand einer Strafanfrage gemacht

vom Vortage ein. Er erklärte u. a., das A und D der gesamten Reichspolitik sei keine zu sein: Wie trennen wir das Zentrum von der Sozialdemokratie? Er wandte sich dann der Notverordnung zu und erklärte, wenn bei ihrer Anwendung in den ersten Tagen Mißgriffe vorgekommen seien, so sei das beauerlich. Berechtigten Beschwerden sei aber Gehör gegeben.

Unter dem Widerspruch der Rechten erklärte der Ministerpräsident, es sei falsch, wenn man behauptet, die Notverordnung habe die höchste Werbung für das Volksbegehren gemacht. Er habe füglich darauf hingewiesen, daß der Stahlhelm, der sich heute als unerträglichster Feind des jetzigen Regimes in der Öffentlichkeit zeige, zur Zeit seiner Entstehung stramm republikanisch gewesen sei. Bei diesen Worten des Ministerpräsidenten wurde auf den Bänken der Rechten Lachen und Widerpruch laut.

Der Ministerpräsident hielt ferner der Deutschen Volkspartei vor, daß ein Teil der Volksbegehren zur Deutschen Volkspartei offenbar kein rechtes Vertrauen habe. Der Erfolg des Volksbegehrens, so fuhr Braun fort, ist um größtenteils abhängig die Ausnutzung wirtschaftlicher Liebermacht in den oberflächigen Bezirken geleistet worden sei, geht über den Terror der Vortagezeit hinaus. Es sei mir nicht über sich eine gewisse Gegenwehr als Antwort auf den Terror von anderer Seite geltend gemacht habe. Bei den Landtagswahlen werde darüber entschieden werden, ob das neue Regime in Preußen in der ruhigen kontinuierlichen Weise weiter die Aufbaubarkeit forschen könne oder die Katastrophenspolitik komme, die der Rechten vorzuziehen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden oft von Zwischenrufen auf der Rechten unterbrochen, während die Regierungsparteien dem Ministerpräsidenten Beifall gollten.

**Sozialdemokratischer Antrag.**  
Die Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag unter Bezugnahme auf die Brotpreiserhöhung in Berlin beantragt:  
1. das Staatsministerium zu ersuchen, durch den Reichsrat und auch auf dem Verhandlungswege auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die letzte Brotpreiserhöhung in Berlin und anderen Orten sofort rückgängig gemacht wird;  
2. das Staatsministerium zu ersuchen, diesen Beauftragten der Berliner Bevölkerung als im Widerspruch mit der Kartellgesetzgebung (stehend im Verwaltungswege aufzuheben.

**Der soziale Gesamtaufwand.**  
7,5 Milliarden RM im Jahre 1930.  
Berlin, 6. Mai.

Aus einer Aufstellung über den Aufwand der Sozialversicherung ergibt sich, daß aus den Beiträgen für die Krankenfürsicherung aufgebracht wurden 2,1 Milliarden RM, für die Unfallversicherung 430 Millionen, für die Invalidenversicherung 985 Millionen, für die Angestelltenversicherung 382 Millionen und für die Knappschaftsversicherung 147 Millionen RM. Dazu kommen noch 18 Millionen Reichsmark für die Krankenfürsicherung, 445 Millionen für die Invalidenversicherung und 30 Millionen RM für die Knappschaftsversicherung.

Der Gesamtaufwand hat also im Jahre 1930 betragen 4 937 000 000 RM gegenüber 1 371 200 000 RM im Jahre 1913. Dazu kommen noch rund 3 Milliarden RM Arbeitslosenversicherung. Der gesamte Sozialversicherungsaufwand hat demnach im letzten Jahre 7,5 Milliarden RM betragen.

**Gegen die Erwerbslosennot.**  
Die Vorbereitung des freiwilligen Arbeitsdienstes.  
Berlin, 6. Mai.

In der Reichsanzlei fand eine ausführliche Aussprache zwischen den interessierten Verbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst statt. Den Vorsitz führte Reichsminister Treutmann, der die Verhandlungen mit längerer Darlegung darüber eröffnete, wie sich auf Grund der vorbereitenden Besprechungen zwischen den Reichsverbänden und innerhalb der Brauns-Kommission nach seiner Ansicht ein freiwilliger Arbeitsdienst mit Unterstützung des Reiches entwickeln lasse. Es betraf die Hoffnung, von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Kopfbetrag von etwa 2 RM für eine bestimmte Frist zu erhalten.

In der Aussprache pflichteten alle beteiligten Organisationen mit gewissen Abweichungen in Einzelfragen und, soweit es sich um geistlich orientierte Verbände handelt, unter gewissen Vorbehalten in bezug auf Organisation, arbeitsrechtlichen Aufbau usw. dem Grundgedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes bei. Die von dem Minister aufgeworfene Frage, ob eine ausstehende Zahl von Freiwilligen sich unter den in Aussicht genommenen Bedingungen melden würde, wurde allerorts bejaht. Auch die weitere Frage, ob ausstehende Arbeiten vorhanden seien, wurde bejaht.

Prüfung zur zweiten Sitzung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgesetzt, ging Ministerpräsident Brauns auf die Ausführungen der Redner